

DPG–Rundbrief 3–2026 _ 18. Februar 2026

Was tun gegen Repression und Kriminalisierung der Palästinasolidarität? Die DPG beschließt eine engere Zusammenarbeit mit dem European Legal Support Center (ELSC)

Mit immer weiter um sich greifendem Eifer wird die „Staatsraison“ zur Keule nicht nur gegen diejenigen, die gegen den Genozid in Gaza auf der Straße protestieren, sondern auch gegen Journalisten:innen, Akademiker:innen und Kulturschaffende, die palästinensische Narrative und Traumata in Deutschland sichtbar machen. Das Vorgehen deutscher Behörden wird immer grotesker. So fordert der Antisemitismusbeauftragte Hessens auf dem offiziellen Portal der hessischen Staatskanzlei ein Verbot der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. In tausenden Gerichtsverfahren ringen Juristen, Experten und Lobbyisten um die Interpretation des Slogans „From the River to the Sea...“ In ganz Deutschland werden Wohnungen von palästinasolidarischen Menschen durchsucht, Handys und Computer beschlagnahmt, nur weil irgendwelche Facebook- oder Instagram-Posts mit angeblich verfassungsfeindlichem Inhalt gelikt oder geteilt wurden. In NRW protestierten Landesregierung, der Düsseldorfer Oberbürgermeister und jüdische Organisationen in einer orchestrierten Hetzkampagne gegen die Einladung der palästinensischen Filmemacherin Basma al-Sharif zu einem Vortrag am 21. Januar dieses Jahres durch die Studierenden der Kunstakademie Düsseldorf. Die jüdische Gemeinde fordert gar die Abberufung der Rektorin Donatella Fioretti. Kulturministerin Ina Brandes bedauerte gegenüber dem nordrheinwestfälischen Landtag, sie sei „extrem frustriert“, dass ihr die Hände gebunden seien, verwies aber auf die geplante Novellierung des Hochschulgesetzes in NRW, mit der die Autonomie der Hochschulen aufgeweicht werden soll. Das Gesetz ließe sich um Paragraphen erweitern, die staatlichen Institutionen in Zukunft erlauben würden, in ähnlichen Fällen einzuschreiten, freut sich die Ministerin.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Verbote, Anzeigen gegen Menschen aus der Palästina-Solidaritätsbewegung und Gesetzesverschärfungen hat die Mitgliederversammlung der DPG e.V. am 14. Juni 2025 in Höxter die Gründung einer Arbeitsgruppe „Repressalien/Rechtsurteile“ beschlossen. Diese hat sich am 17. Januar dieses Jahres erstmals in Osnabrück unter Beisein von Lennart Michaelis vom European Legal Support Center (ELSC) getroffen und eine engere Kooperation mit dem ELSC vereinbart.

In dem folgenden Rundbrief möchten wir

1. das ELSC vorstellen und
2. Hinweise darauf geben, wie wir als DPG das ELSC unterstützen können und wo das ELSC uns bei unserer Arbeit unterstützen kann.

Das European Legal Support Center (ELSC): Defend - Expose - Challenge



Das ELSC wurde 2019 von Juristen und Mitgliedern palästinensischer Organisationen in den Niederlanden als gemeinnützige NGO gegründet. Das ELSC ist dem Schutz der demokratischen und Freiheitsrechte der Palästinabewegung verpflichtet. Schwerpunktländer der Arbeit sind die Niederlande, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien.

Defend: Das ELSC bietet Rechtsberatung und Unterstützung für Einzelpersonen und Gruppen, die wegen palästinasolidarischer Äußerungen und Aktionen Repressionen ausgesetzt sind, sei es durch Strafanzeigen, Raumverbote oder politisch motivierte Kündigungen. Das ELSC hat zwar nur eine begrenzte Anzahl eigener fest angestellter Jurist:innen, aber es arbeitet mit Anwält:innen zusammen, die Betroffene beraten oder bereit sind, sie rechtlich zu vertreten. Das ELSC ist bemüht, dieses Netzwerk zu erweitern. Auch wenn die meisten Anwälte, mit denen das ELSC kooperiert, pro bono oder gegen eine minimale Gebühr arbeiten, kosten langwierige Gerichtsprozesse Geld. Im Einzelfall kann das ELSC auch Gerichtskostenbeihilfe leisten bzw. Betroffene an andere Organisationen und Stellen verweisen, bei denen man Gerichtskostenbeihilfe beantragen kann.

Das ELSC führt selber exemplarische Verfahren durch, um Präzedenzfälle zu schaffen. Das ELSC verfügt über eine Datenbank von Gerichtsurteilen und Klageschriften, die Strafverteidigern die Entwicklung von Argumentationsketten und Verteidigungsstrategien erleichtert. Unter dem Titel „**Know your Rights!**“ hat es Toolkits für die Niederlande, Großbritannien und Italien entwickelt. Eine Broschüre für Deutschland ist geplant. Unter demselben Motto bietet es Workshops an.

Expose: Dem ELSC geht es aber nicht nur um Einzelfälle. Das Zentrum versteht sich als Teil der palästinasolidarischen Bewegung, versucht politische und rechtliche Spielräume für die Bewegung zu erweitern und so kollektive Macht aufzubauen. Zu diesem Zweck beobachtet, dokumentiert und analysiert das ELSC repressive Maßnahmen und Praktiken gegen Palästina-Unterstützer:innen in ganz Europa. Dadurch ist es möglich, die systematischen Muster und den institutionalisierten Charakter der Repressionen offenzulegen. Das ELSC versorgt Unterstützer Palästinas mit den Informationen, die sie benötigen, um Regierungen, Institutionen und Einzelpersonen zur Rechenschaft zu ziehen.

In seinem "Index of Repression" hat das ELSC in englischer Sprache eine umfassende Datenbank zu den von ihm registrierten Fällen von Repression gegen Palästina-Solidarität veröffentlicht, die regelmäßig aktualisiert wird. Aktuell finden sich

dort Fälle aus Deutschland und Großbritannien, weitere europäische Länder folgen:
<https://www.index-of-repression.org/>

Challenge: Das ELSC umfasst ein „Crime and Complicity Team“, das für die offensive Strategie steht. Israels Siedlungsprojekt und die anhaltenden Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser werden nicht isoliert betrieben. Sie sind nur möglich durch internationale Unterstützung durch westliche Regierungen und Unternehmen, die im Widerspruch zum Völkerrecht von Investitionen in den Besetzten Gebieten profitieren oder aus Waffenverkäufen an Israel Profit schlagen. Die Straflosigkeit für diese Unterstützer muss ein Ende haben. Das ELSC hat deshalb bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen hochrangige Politiker der jetzigen und der Vorgängerregierung wegen der Genehmigung von Waffenexporten gestellt.

Das ELSC bittet um Unterzeichnung der Petition zur Unterstützung der Klage; das Formular dazu und weitere Details zur Klage finden sich auf folgender Website:
<https://actionnetwork.org/petitions/hold-german-officials-to-account>

Das ELSC bittet um weite Verbreitung der Petition!

Wie können wir als DPG das ELSC unterstützen und wie können wir auf Ressourcen des ELSC zurückgreifen?

- Gab es bei Mitgliedern Ihrer Regionalgruppe Hausdurchsuchungen?
- Wurden Räume für Veranstaltungen verboten?
- Wurden Menschen in Ihrem Umfeld wegen Posts in Sozialen Medien oder Aussagen auf Transparenten verklagt oder wurde ihnen gekündigt?
In all solchen Fällen ist das ELSC die richtige Anlaufstelle. Es hat weit mehr Kapazitäten zu Ihrer Unterstützung als die DPG.
- Kennen Sie Fälle von Repression in Ihrer Stadt? Auch dann, wenn die Betroffenen anwaltlich vertreten werden, ist es sinnvoll, den Fall an das ELSC zum Zweck der Dokumentation zu melden. Nur auf der Basis einer umfangreichen empirischen Dokumentation kann man das Ausmaß der Repression sichtbar machen.
- Kennen sie Rechtsanwälte, die Verfahren geführt haben? Haben Sie Kenntnis von Rechtsurteilen von Amts- oder Strafgerichten in ihrer Stadt oder Ihrem Bundesland? Schicken Sie die Urteile samt Begründung bitte an das ELSC. Das ELSC archiviert die bei verschiedenen Gerichten oft sehr unterschiedlich ausfallenden Urteile. Ein Archiv von Urteilen ist ein wichtiges Instrument für Rechtsanwält:innen bei der Entwicklung ihrer Verteidigungsstrategie.
- Kennen Sie Ihre Rechte! Das ELSC kann Referent:innen zu dem Thema der Rechtssituation anbieten und führt sporadisch Workshops durch. Sie können sich diesbezüglich an Lennart Michaelis vom ELSC wenden: lennart@elsc.support
- Sind sie selber Jurist:in? Oder haben sie Jurist:innen in Ihrer Regionalgruppe? Das ELSC möchte das Netzwerk von Rechtsanwält:innen und Strafverteidigern ausbauen, die bereit zu Rechtsberatung vor Ort oder zur Übernahme von Verfahren sind.

Was mache ich als Betroffene:r?

Sind Sie oder jemand anderes aus der Regionalgruppe oder Ihrem Umfeld direkt von Repressionsmaßnahmen betroffen? Wurden Sie angezeigt wegen einer angeblich nicht erlaubten Parole, eines Posts oder eines Plakates? Wurden Ihnen Räume für Veranstaltungen verwehrt? Wurden sie persönlich beleidigt oder bedroht?

Sie können sich direkt an das ELSC wenden. Dazu füllen Sie bitte das Kontaktformular des ELSC aus: <https://elsc.support/de/intake/> Wenn der Fall in den Zuständigkeitsbereich des ELSC fällt, wird sich das ELSC schnellstmöglich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Was mache ich, wenn ich Zeuge von Repression gegen palästinasolidarische Menschen wurde?

Auch Vorfälle von Repressionsmaßnahmen wie z.B. Polizeigewalt gegen Demonstrierende können sie dem ELSC melden. **Bitte beachten sie dabei den Datenschutz: Sprechen Sie mit den Betroffenen! Fragen Sie, ob diese mit der Weiterleitung des Falls einverstanden sind! Nur dann können Sie den Fall melden. Fälle können auch in anonymisierter Form in die Datenbank eingespeist werden.**

DPG Intern: Wenn Sie sich erst einmal intern beraten wollen, können sie sich über Karin Gerlich an unsere Arbeitsgruppe wenden. Karin ist die Initiatorin der Arbeitsgruppe. Sie ist Arbeitsrechtlerin und Gewerkschaftsmitglied und hat bereits viele Arbeitsgerichtsverfahren von Personen, denen wegen palästinasolidarischer Aktivitäten gekündigt wurde, begleitet. Karin arbeitet eng mit dem ELSC zusammen. Die Gespräche werden streng vertraulich gehalten und nur mit Ihrer Zustimmung an das ELSC weitergeleitet: karin.gerlich@t-online.de

Haben Sie Interesse an einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe oder haben Sie offene Fragen, wenden sie sich bitte an Ivesa Lübben (*stellv. Präsidentin der DPG*):
praesidium@dpg-netz.de

Spendenaufruf

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung:

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Facebook und Instagram



Anbei ein Aufruf zur Unterstützung der Jüdischen Stimme gegen die Verbotsdrohungen.

<https://openletter.earth/solidaritat-mit-der-judischen-stimme-gemeinsam-gegen-hetze-und-verbotsdrohungen-14845d08>